



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und Rechtsfragen / Vergabe /  
Internationales**

Frau Kröll

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: heike.kroell@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2015

## **Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 15.06.2015, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE

#### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Reinhard Houben	FDP	
Frau Ira Sommer	CDU	i.V. für Herrn Dr. Elster bis 18:25 Uhr

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen
Herr Peter Mees	AfD
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK

Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Dahm	GRÜNE
Frau Inge Duman	auf Vorschlag der Grünen
Herr Tjark Sauer	Linke

### **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen  
Frau Susanne Hohenforst  
Herr Günter Bell  
Frau Dagmar Dahmen  
Herr Dr. Andreas Engel  
Herr Wolfgang Heintz  
Frau Heike Kerscher  
Herr Dr. Uwe Korch  
Frau Sabine Möwes  
Herr Engelbert Rummel  
Herr Gero Schmidt  
Frau Lie Selter  
Herr Frieder Wolf

### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Christine Kronenberg

### **Gesamtpersonalrat**

Herr Jörg Dicken

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Volker Görzel FDP

### **Beratende Mitglieder**

Herr Michael Kühle FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen )  
Herr Markus Wiener pro Köln  
Herr Marco Malavasi LSVD OV Köln

Frau Valentina Kerst auf Vorschlag der SPD

Frau Julia von Dewitz auf Vorschlag der SPD

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Eli Abeke BÜNDNIS 14

Herr Björn Blank SC Janus e.V.

Herr Petelkau eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und trägt folgende Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

### **I. Öffentlicher Teil**

- 3.3 Beantwortung Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 13.05.2015 zur Machbarkeitsstudie Frischezentrum Marsdorf  
1662/2015
- 3.4 Elektronische Bildübermittlung per De-Mail/Anfrage der Piraten/AN/0721/2015  
1713/2015
- 4.5 Erweiterung des barrierefreien Service auf der städtischen Internetseite stadt-koeln.de um einen Websprachdienst und ein Film Einführung in Gebärdensprache  
1649/2015
- 4.6 Ergebnis Städte-Ranking einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG; Köln als „Digitale Hauptstadt Deutschlands“  
1724/2015  
*Tischvorlage*
- 5.1 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse  
1368/2015
- 5.2 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln  
- Sachstand (Stand: Mai 2015)  
1730/2015
- 6.1 Taxi-App  
AN/1001/2015  
*Tischvorlage*
- 10.1.1 Interkommunale Lösung für ein Frischezentrum (zu TOP 10.1)  
AN/0998/2015  
*Tischvorlage*

- 10.6 Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten  
1361/2015
- 10.7 Neufassung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule zum 1. Semester 2016  
1593/2015
- 10.8 Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 01. August 2015  
0032/2015
- 10.9 Ausschreibung eines Rahmenvertrages für Wach- und Schließdienstleistungen zur Betreuung von Großsporthallen  
1503/2015

## II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.2 Wirtschaftlichkeit der "neuen" Eigenreinigung und Neueinstellung von externen Reinigungskräften bei den Zentralen Diensten, Servicebetrieb Reinigung"  
1630/2015
- 13.3 Mitteilung über die Beantwortung einer Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz NRW „Softwareprodukte bei der Stadt Köln“  
1677/2015
- 13.4 Interkommunale Kooperation - Fortsetzung der Planungen zu einem zweiten gemeinsamen RZ Standort mit dem LVR-InfoKom in Köln-Kalk  
hier: Absichtserklärung zum Abschluss eines Mietvertrages mit dem LVR-InfoKom  
1722/2015  
*Tischvorlage*
- 17.4 Anmietung Kindertageseinrichtung in Vingst, Waldstraße 28 / Ecke Kampgasse  
1215/2015
- 17.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens, hier: Ausschreibung der Schülerbeförderung mit Pkw  
1534/2015  
*Tischvorlage*

Herr Petelkau bittet um Mitteilung, ob der Ausschuss mit den vorgetragenen Zusetzungen einverstanden ist.

Herr Krupp beantragt die Tagesordnungspunkte zum Thema „Frischezentrum“ (*TOP 10.1, 10.1.1 und 13.1*) von der Tagesordnung abzusetzen, da weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Herr Petelkau fragt nach, ob diese Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen wurde, da in der Tagespresse zu lesen war, dass die Dezernentin die Vorlage zurückgenommen habe, weil keine Mehrheiten zu erwarten wären.

Frau Kerscher teilt mit, dass die Vorlage von der Verwaltung nicht zurückgezogen wurde.

Herr Richter meint, dass die Vorlage zur Beschleunigung der Sachlage ohne Votum in den Wirtschaftsausschuss weitergegeben werden könnte, da dieser noch vor der Sommerpause tage.

Das Gremium stimmt für eine Absetzung von der Tagesordnung.

Herr Petelkau weist darauf hin, dass sich die drei großen Fraktionen darauf verständigt hätten, die vorgesehene Mitteilung TOP 4.6 und die vorgesehene Präsentation in die nächste Sitzung zu vertagen. Der Vorsitzende des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation, Herr Dr. Elster, sei zur heutigen Sitzung nicht anwesend und er befürworte es, wenn der Vortrag in seinem Beisein abgehalten würde.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **A Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**

##### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

##### **2 Internationales**

##### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Beantwortung der Anfrage von Bündnis90/Die Grünen, Herrn Richter zur Fortführung des Bundesprogramms "Berufsbezogene Sprachförderung" in der Förderperiode 2015 bis 2018 (3226/2014) aus der Ausschusssitzung am 8.12.2014  
3954/2014
- 3.2 Atomtransport durch Kölner Stadtgebiet während des Sturmtiefs "Niklas" hier: Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln AN/0722/2015 vom 04.05.2015  
1583/2015
- 3.3 Beantwortung Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 13.05.2015 zur Machbarkeitsstudie Frischezentrum Marsdorf  
1662/2015
- 3.4 Elektronische Bildübermittlung per De-Mail/Anfrage der Piraten/AN/0721/2015  
1713/2015

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Neues Wochenmarktkonzept in der Innenstadt, hier: Rudolfplatz  
1214/2015
- 4.2 Informationsangebot für Flüchtlinge auf Stadt-Koeln.de/App für Flüchtlinge  
1358/2015
- 4.3 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende - Zwischenbericht  
0275/2015
- 4.4 Jahresbericht 2013/2014 der Kölner Anti Spray Aktion  
1467/2015
- 4.5 Erweiterung des barrierefreien Service auf der städtischen Internetseite stadtkoeln.de um einen Websprachdienst und ein Film Einführung in Gebärdensprache  
1649/2015
- 4.6 Ergebnis Städte-Ranking einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG; Köln als „Digitale Hauptstadt Deutschlands“  
1724/2015

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

- 5.1 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse  
1368/2015
- 5.2 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln  
- Sachstand (Stand: Mai 2015)  
1730/2015

## **6 Schriftliche Anfragen**

- 6.1 Taxi-App  
AN/1001/2015

## **7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Kundenzentrum Kalk
- 7.2 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
- 7.3 Koranverteilung
- 7.4 Kölner Lichter
- 7.5 Mobilitätshilfe der Stadt Köln
- 7.6 Streik der Bundespost
- 7.7 personelle Situation im Liegenschaftsamt

## **8 Anträge**

## **9 Platzvergaben**

## **10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Frischezentrum Köln-Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie 2174/2014
  - 10.1.1 Interkommunale Lösung für ein Frischezentrum (zu TOP 10.1) AN/0998/2015
- 10.2 Barrierefreies Wohnen  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0787/2015
- 10.3 Resolution zu "Barrierefreies Wohnen"  
hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 26.02.2015  
0790/2015
- 10.4 Wertgrenzenkonzept 2015 - Wiedereinführung der beschränkten Ausschreibung - Umsetzung des Ratsbeschlusses 05.02.2015  
1609/2015
- 10.5 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Herstellung und Lieferung von Großplakaten für das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
1483/2015

- 10.6 Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten  
1361/2015
- 10.7 Neufassung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule zum 1. Semester 2016  
1593/2015
- 10.8 Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 01. August 2015  
0032/2015
- 10.9 Ausschreibung eines Rahmenvertrages für Wach- und Schließdienstleistungen zur Betreuung von Großsporthallen  
1503/2015

## **11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

#### **12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 12.1 Genehmigung zur Durchführung einer Nutzfahrzeugshow auf dem Rudolfplatz
- 12.2 Koranverteilung

#### **13 Mitteilungen der Verwaltung**

- 13.1 Frischezentrum Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie - ergänzende Anlagen  
2738/2014/1
- 13.2 Wirtschaftlichkeit der "neuen" Eigenreinigung und Neueinstellung von externen Reinigungskräften bei den Zentralen Diensten, Servicebetrieb Reinigung"  
1630/2015
- 13.3 Mitteilung über die Beantwortung einer Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz NRW „Softwareprodukte bei der Stadt Köln“  
1677/2015
- 13.4 Fortsetzung der Planungen zu einem zweiten gemeinsamen RZ Standort mit dem LVR-InfoKom  
1722/2015



**14 Schriftliche Anfragen**

**15 Mündliche Anfragen**

**16 Anträge**

**17 Allgemeine Vorlagen**

17.1 Einleitung von Vergabeverfahren zum Anschluss einer Rahmenvereinbarung über Lieferung von Büropapier für den allgemeinen Bedarf und Papier für die städtische Druckerei  
0980/2015

17.2 Vertragsverlängerung und –änderung im Rahmen einer Interimslösung sowie Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über digitale Produktionssysteme  
1573/2015

17.3 Durchführung einer Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über die Bereitstellung eines Funknetzes, der notwendigen Funk-Infrastruktur-Einrichtungen und der Funkgeräte  
3035/2014

17.4 Anmietung Kindertageseinrichtung in Vingst, Waldstraße 28 / Ecke Kampgasse  
1215/2015

17.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens  
1534/2015

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**

*(Herr Blank war zur Sitzung nicht anwesend. Die Verpflichtung erfolgt in der nächsten Sitzung.)*

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Internationales**

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

##### **3.1 Beantwortung der Anfrage von Bündnis90/Die Grünen, Herrn Richter zur Fortführung des Bundesprogramms "Berufsbezogene Sprachförderung" in der Förderperiode 2015 bis 2018 (3226/2014) aus der Ausschusssitzung am 8.12.2014 3954/2014**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **3.2 Atomtransport durch Kölner Stadtgebiet während des Sturmtiefs "Niklas" hier: Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln AN/0722/2015 vom 04.05.2015 1583/2015**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **3.3 Beantwortung Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 13.05.2015 zur Machbarkeitsstudie Frischezentrum Marsdorf 1662/2015**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **3.4 Elektronische Bildübermittlung per De-Mail/Anfrage der Piraten/AN/0721/2015 1713/2015**

Herr Hegenbarth dankt Frau Möwes für die Vorlage und den Vortrag, der im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation gehalten wurde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

### **4.1 Neues Wochenmarktkonzept in der Innenstadt, hier: Rudolfplatz 1214/2015**

Herr Pohl teilt mit, dass er statt einer Mitteilung eine Beschlussvorlage erwartet habe, da hier ein neues Vorhaben geplant sei und dies möglicherweise das Platzkonzept tangiere.

Herr Richter schlägt vor, dass nach der einjährigen Probephase des Marktes und nach der Auswertung der Erkenntnisse, eine Beschlussvorlage für das erforderliche Ausschreibungsverfahren für die weitere Vergabe des Marktes erfolge.

Herr Petelkau weist darauf hin, dass es für eine Meinungsbildung wichtig sei, die politischen Gremien frühzeitig zur Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Gerade in Bezug auf das bestehende Platzkonzept. Nach Abschluss der Erprobungsphase müsse hierüber intensiv gesprochen werden. Es dürften nicht nur die ökonomischen Interessen berücksichtigt werden, sondern auch der Zuspruch der Marktbesucher und der umliegenden Anwohner etc..

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **4.2 Informationsangebot für Flüchtlinge auf Stadt-Koeln.de/App für Flüchtlinge 1358/2015**

Herr Hegenbarth dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung.

Frau Möwes informiert, dass dieses Angebot im Bezug auf Mehrsprachigkeit und Inhalte weiter ausgebaut werde. Diese WebApp habe zudem den Vorteil, dass sie Informationen vollständig mobil abrufbar mache, wie in einer App, aber ohne die teuren Entwicklungs- und Pflegekosten einer App. Änderungen oder Erweiterungen des Informationsangebotes können sofort und ohne gesonderte Kosten durchgeführt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **4.3 Förderprojekt für geduldete Jugendliche und Heranwachsende - Zwischenbericht 0275/2015**

Herr Joisten dankt für die Mitteilung und meint, dass diese Thematik zukünftig weiter an Relevanz gewinne.

Herr Hess fragt nach, wie der Wegfall bzw. die Einschränkung der Anschlussmaßnahmen, wie der eingeschränkte Zugang zu Berufskollegs oder der Wegfall des vorgesehenen Werkstattjahres, kompensiert werde.

Frau Dahmen teilt mit, dass hier ein Erlass des Schulministeriums zur Altersgrenze vorliege, der den rechtlichen Rahmen vorgebe. Es würden aber Gespräche mit dem Schulministerium geführt, um diesen Erlass zu revidieren. Es bestünden gemeinsame Überlegungen mit der Handwerkskammer und verschiedenen Jugendhilfeträgern, wie den Jugendlichen dennoch eine Ausbildung gewährt werden könne. Es sei auch Kontakt zu verschiedenen Arbeitgebern zur weiteren Förderung dieser Jugendlichen aufgenommen worden, damit diese einen Abschluss schaffen können.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.4 Jahresbericht 2013/2014 der Kölner Anti Spray Aktion 1467/2015**

Herr Joisten bittet um eine Kontaktaufnahme und Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn. Er empfinde die teilweise großflächigen illegalen Graffitis als besonders unschön und störend. Meldungen an die Deutsche Bahn über solche Schmierereien hätten bislang wenig Erfolg gezeigt.

Herr Pohl wünscht eine höhere Präsenz der KASA in der Öffentlichkeit und eine verstärkte Öffentlichkeitsdarstellung; sowohl in der Presse, als auch in Schulen und Kindergärten.

Herr Hegenbarth informiert, dass im Jugendhilfeausschuss der Antrag (DS-Nr. AN/0680/2015) gestellt worden sei, städtischen Flächen als Freiflächen für Graffiti-Künstler zur Verfügung zu stellen. (*Mitteilung der Verwaltung DS-Nr. 1652/2015*)

Herr Rummel teilt mit, dass die Bundesbahn jährlich Kosten in Höhe von rund 30 Millionen Euro zur Entfernung von illegalen Graffitis aufwende. Vorrangig würden sicherlich Bahnen gereinigt.

Da sich die Zusammenarbeit mit der Bundesbahn manchmal als schwierig erweise, bittet er Hinweise zu Graffitis, denen die Bahn nicht nachkomme, an das Amt für öffentliche Ordnung bzw. die KASA zu richten.

Die Öffentlichkeitsarbeit könne ausgeweitet werden, auch die Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen für Informationen in Schulen und Kindertagesstätten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.5 Erweiterung des barrierefreien Service auf der städtischen Internetseite stadt-koeln.de um einen Websprachdienst und ein Film Einführung in Gebärdensprache 1649/2015**

Herr Adolf dankt der Verwaltung für die Erweiterung des barrierefreien Services auf stadt-koeln.de.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Ergebnis Städte-Ranking einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG; Köln als „Digitale Hauptstadt Deutschlands“  
1724/2015**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 31.08.2015.

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**5.1 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse  
1368/2015**

Herr Adolf teilt seine Bedenken mit, dass bei einer Beschleunigung von Bauprojekten die DIN-Normen und Richtlinien zur behindertengerechten Bauausführung vernachlässigt werden könnten.

Herr Kahlen versichert, dass die Anforderungen an Barrierefreiheiten nicht zulasten der Geschwindigkeit von Bauprojekten und deren Vergabe ginge.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**5.2 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln  
- Sachstand (Stand: Mai 2015)  
1730/2015**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6 Schriftliche Anfragen**

**6.1 Taxi-App  
AN/1001/2015**

Herr Rummel informiert, dass die Beantwortung dieser Anfrage in Zusammenarbeit mit Taxi-Ruf Köln zur nächsten Sitzung erfolge.

**7 Mündliche Anfragen**

**7.1 Kundenzentrum Kalk**

Herr Pohl fragt nach den Gründen der derzeit überlangen Wartezeiten im Kundenzentrum Kalk. Vereinbarte Termine würden nicht eingehalten und Wartende mit dem Hinweis auf das Ende der Öffnungszeiten unverrichteter Dinge abends wieder weggeschickt.

Herr Kahlen teilt mit, dass die aktuelle Situation des Kundenzentrums Kalk bekannt sei. Aufgrund derzeitiger personeller Vakanzen und der bevorstehenden Urlaubszeit

träfen augenblicklich durchschnittlich mehr Kunden auf einen zu geringen Mitarbeiterstamm.

Im Vorfeld vereinbarte Termine könnten nur insoweit pünktlich eingehalten werden, wie die zeitlichen Abläufe des Kundenzentrums dies hergeben.

Wartende werden über die bevorstehende und mitunter lange Wartezeit informiert und auf die Möglichkeit einer Terminvereinbarung oder auf Ausweichmöglichkeiten in die übrigen Kundenzentren hingewiesen. Es würde auch darauf hingewiesen, dass über die Öffnungszeiten hinaus keine weiteren Dienstleistungen erbracht werden könnten. Durch diese Vorabinformationen werde versucht ein beiderseitiges Verständnis für die Wartenden, aber auch für die Bediensteten, aufzubauen.

## **7.2 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen**

Herr Pohl fragt nach dem Sachstand des elektronischen Versands der Sitzungsunterlagen und die Ausstattung von Mandatsträgern mit Tablets. (DS-Nr. 2147/2013)

Herr Dr. Engel teilt mit, dass sich der Evaluierungsbetrieb in der Schlussphase befindet. In diesem Sommer werde die Arbeitsgruppe bei 01 (Amt des Oberbürgermeisters) zusammentreten und unter anderem auch über eine Erweiterung des Pilotprojektes auf weitere Mandatsträger beraten.

Es habe bereits eine Information vor der letzten Ratssitzung gegeben, um die Ratsmitglieder über die Einrichtung von Session, SessionNet und Mandatos auf privaten Tablets oder Laptops zu informieren.

## **7.3 Koranverteilung**

Frau Aymaz teilt mit, dass aus der Presse zu erfahren war, dass im Zuge von Koranverteilungen radikale Islamisten die Gelegenheit ausnutzen, um junge Menschen zu rekrutieren.

Sie fragt nach dem Genehmigungsverfahren und ob diese Veranstaltungen unterbunden werden könnten. Am Chlodwigplatz soll es eine Gegenaktion gegeben haben, die von der Polizei verhindert worden sei. Sie möchte wissen, ob es weitere spontane oder angekündigte Proteste gegen Koranstände in Köln gegeben habe.

Herr Rummel teilt mit, dass im vergangenen Jahr 12 Erlaubnisse und in diesem Jahr bisher sieben Erlaubnisse für Koranverteilungen erteilt worden seien. Dies entspreche der Handlungsweise aller Städte in ganz NRW. Die Anträge würden unter Berufung auf die Religionsfreiheit und die freie Meinungsäußerung gestellt. Es gebe Richtlinien und Vorgaben, die für diese Genehmigungen einzuhalten seien. Es könne jedoch bestimmte Erkenntnisse geben, die der Behörde eine Möglichkeit einräumen, diese Erlaubnisse zu versagen. Dies könnte sich zum Beispiel aus der Zusammenarbeit mit anderen Behörden, unter anderem dem Verfassungsschutz, ergeben.

Bonn habe versucht, einen solchen Antrag abzulehnen. Es kam zu einem Verwaltungsstreitverfahren und die Erlaubnis musste wegen fehlender Hemmnisse erteilt werden.

Bis auf einen Protest auf dem Chlodwigplatz, habe er keine weiteren Erkenntnisse. Auf dem Mülheimer Platz habe es Unmutsbekundungen einzelner Bürger gegeben. Ob dies spontan erfolgte oder einer möglichen Anzeigepflicht bei der Polizei unterlag,

könne er jedoch nicht beurteilen. Die Polizei sei jedenfalls vor Ort gewesen, die Einsatzgründe seien ihm aber nicht weiter bekannt.

Herr Joisten fragt nach, was mit den bestimmten Erkenntnissen gemeint sei und ob es Informationen zu Rekrutierungen von Selbstmordattentätern in diesem Rahmen gebe.

Herr Rummel teilt mit, dass er gerne im nicht öffentlichen Teil der Sitzung hierzu weitere Informationen geben werde.

#### **7.4 Kölner Lichter**

Herr Hegenbarth fragt, warum eine Sperrung der Hohenzollernbrücke zu den Kölner Lichtern erfolge und ein Zugang nur noch gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes gewährt werde.

Herr Rummel teilt mit, dass ihm eine Sperrung und Forderung von Eintrittsgeldern nicht bekannt sei. Er werde diesem Sachverhalt nachgehen und prüfen, wer die Sachgewalt über den Fußweg der Brücke innehat und Herrn Hegenbarth informieren.

#### **7.5 Mobilitätshilfe der Stadt Köln**

Herr Adolf gibt folgende Anfragen schriftlich zum Protokoll:

Die Mobilitätshilfe der Stadt Köln, die als Anspruch gemäß § 3 i.V.m. §§ 53 und 54 SGB XII i.V.m. § 55 Abs. 2 Nr. 7 SGB IX seit Einführung im Jahr 2003 einkommensabhängig gewährt wurde, ist seitdem nicht erhöht worden. Diese Mobilitätshilfe gewährt Pauschalen für den Transport in Spezialfahrzeugen oder Taxen, sofern eine erhebliche Mobilitätsbehinderung besteht.

1. Inwieweit haben sich die Transportkosten bei den Spezialfahrzeugen und Taxigebühren (üblicher Maßstab: Tagesfahrt Strecke 7 km, durchschnittliche Wartezeit 4,2 Minuten) erhöht?
2. Welche Erhöhung hält die Verwaltung – auch unter dem Aspekt der seit 2008 gültigen Behindertenrechtskonvention und dem Recht auf gleichberechtigte Teilnahme an Kultur und Freizeitveranstaltungen - für notwendig?

#### **7.6 Streik der Bundespost**

Herr Houben fragt nach, wie sich der Streik der Post AG finanziell auf die Stadt Köln auswirke, da ja auf andere Dienstleister ausgewichen werde.

Herr Schmidt teilt mit, dass durch den Streik der Post AG keine Mehrkosten verursacht worden seien. Der alternative Anbieter sei preisgünstiger gewesen.

#### **7.7 personelle Situation im Liegenschaftsamt**

Herr Mitu teilt mit, dass ihm Beschwerden von Mitarbeitern des Liegenschaftsamtes zu der dort bestehenden personellen Situation zugetragen worden seien.

Herr Kahlen teilt mit, dass beim Liegenschaftsamt Stellen zugesezt würden; auch aufgrund der Flüchtlingssituation.

Für eine befristete Unterbringung von Flüchtlingen würden verfügbare Grundstücke benötigt. Diese Grundstückssuche sei erschwert durch planungsrechtliche, naturschutzrechtliche oder wasserschutzrechtliche Vorgaben. Diese Situation stelle zusätzliche Anforderungen an den Liegenschaftsbereich. Zudem würden zur Errichtung von Unterbringungen städtische Liegenschaften benötigt und ständig Investoren gesucht. Insgesamt sei der gesamte Baubereich in einer wachsenden Stadt zunehmend gefordert. Diese steigenden Anforderungen würden mit dem neuen Stellenplan abgefangen.

Herr Petelkau nimmt Bezug auf die geführten Stellenplanberatungen und die in diesem Zusammenhang angesprochene Entwicklung der Krankenstände bei der Stadt Köln.

Er bittet um Mitteilung, welche Gegenmaßnahmen hierzu getroffen werden. Außerdem bittet er um weitere Informationen zum Thema „Fortbildung“. Wer bildet wen wie aus etc..

## **8 Anträge**

*(Zur Sitzung lagen keine Anträge vor.)*

## **9 Platzvergaben**

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Frischezentrum Köln-Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie 2174/2014**

#### **10.1.1 Interkommunale Lösung für ein Frischezentrum (zu TOP 10.1) AN/0998/2015**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales setzt diese Vorlage von der Tagesordnung ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.



**10.2    Barrierefreies Wohnen**  
**hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das**  
**Land NRW**  
**0787/2015**

Herr Krupp dankt der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die eingebrachten Beschlussvorschläge unter TOP 10.2 und 10.3 und findet diese grundsätzlich unterstützungswürdig. Beim Appell vertrete er jedoch bezüglich der Einbaupflicht von Aufzügen eine andere Meinung. Die allgemein angespannte Wohnungslage und das Defizit an barrierefreiem Wohnraum seien bekannt.

Er schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Wichtigkeit von Aufzügen betont wird und die Stadt Köln bei Förderungen auf einen Einbau besonders darauf hinweist, aber nicht, dass jeder Neubau zwingend mit einem Aufzug ausgestattet sein muss.

Herr Pohl schließt sich dem Dank für den Appell an das Land NRW an. Er möchte darauf hinweisen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen die Hausbesitzer nicht über Gebühr belasten dürften.

Herr Richter meint, dass die Vorlagen unter TOP 10.2 und 10.3 verwandt seien und schlägt eine Beschlussfassung analog der Abstimmung im Liegenschaftsausschuss vor. Dieser habe 10.3 (Resolution) beschlossen und die Verwaltung um einen Umsetzungsvorschlag gebeten und bis dieser vorliege 10.2 (Appell) zurückgestellt.

Frau Kerscher ergänzt, dass 10.3 (Resolution) mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung zur Klärung der Umsetzbarkeit beschlossen worden sei, bevor eine Weitergabe des Appells (10.2) an das Land NRW erfolge.

Herr Richter konkretisiert seinen Vorschlag: 10.3 beschließen und 10.2 analog dem Verfahren des Liegenschaftsausschusses zurückstellen, bis der Beschluss zu 10.3 umgesetzt ist.

Herr Adolf betont, dass eine schnelle Beschlussfassung der beiden Vorlagen von besonderer Wichtigkeit sei, da sonst eine Weitergabe des Appells an das Land NRW zur Änderung der Rechtsgrundlagen verspätet erfolge.

Herr Bell führt aus, dass die Resolution unter TOP 10.3 zehn Maßnahmen mit unterschiedlichen Anforderungen ans Wohnen stellt. Eine vollständige Auswertung und Beantwortung wäre erst deutlich nach der Sommerpause möglich, so dass der Appell (10.2) nicht rechtzeitig an das Land NRW weitergeleitet werden könne.

Herr Petelkau schlägt vor, TOP 10.2 und 10.3 zu beschließen und mögliche Änderungen in den laufenden Prozess einfließen zu lassen.

Herr Krupp regt an, die Änderung zu Ziffer 2 der Anlage von TOP 10.2 so zu formulieren, dass eine Aufzugspflicht nicht obligatorisch sei, die Verwaltung sich aber bei Neubauten dafür einsetzen solle.

Herr Petelkau stellt die Änderung formell zur Abstimmung.

Das Gremium stimmt einstimmig zu, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Herr Petelkau bittet nun um Abstimmung zu dem geänderten Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat schließt sich dem Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW (siehe Anlage) mit folgender Änderung zu Ziffer 2 an:

Eine Aufzugspflicht ist nicht obligatorisch; angesichts des großen Mangels an barrierefreien Wohnungen soll jedoch auch im geförderten Wohnungsbau auf einen wünschenswerten Einbau von Aufzügen besonders hingewiesen werden.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.3 Resolution zu "Barrierefreies Wohnen" hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 26.02.2015 0790/2015**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales unterstützen die Resolution „Barrierefreies Wohnen“ der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und beauftragen die Verwaltung, den Fachausschüssen zu jedem einzelnen der in der Resolution aufgeführten Punkte darzulegen, ob und ggfs. wie diese umgesetzt werden können.

Die Resolution ist als Anlage beigefügt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.4 Wertgrenzenkonzept 2015 - Wiedereinführung der beschränkten Ausschreibung - Umsetzung des Ratsbeschlusses 05.02.2015 1609/2015**

Herr Krupp führt aus, dass per Ratsbeschluss die beschränkte Ausschreibung als Regelausschreibung bis zu einer bestimmten Grenze wieder eingeführt werde. Der zweite Teil des Ratsbeschlusses, die Überarbeitung der Vergabekriterien, sei noch offen. Durch die Einhaltung von Qualitätskriterien bekomme die Qualität Vorrang vor dem Preis, so dass der wirtschaftlichste Anbieter gewinne. Das habe zur Folge, dass zukünftig mehr Qualität für die Stadt Köln zu erreichen sei, wenn nicht mehr zwingend der günstigste Anbieter den Auftrag erhalte.

Herr Pohl begrüßt die Beschlussvorlage. Er habe jedoch Hinweise erhalten, dass von Vertretern des Handwerkes über atmosphärische Störungen bei der Formulierung des Beschlusses berichtet worden sei.

Herr Richter begrüßt die Vorlage ebenfalls und teilt sein Erstaunen mit, dass die Umsetzung ab 01.10.2015 erfolgen soll und bittet die Umsetzung des Beschlusses bereits ab 01.09.2015 zu ermöglichen.

Frau Tokyürek teilt die Ausführungen von Herrn Krupp zu den Qualitätskriterien und bittet, in einem Jahr einen Zwischenbericht über die Umsetzung des Beschlusses vorzulegen.

Herr Kahlen führt aus, dass die Formulierung von Leitzielen nicht einfach umzusetzen sei. Ziel sei es, dass nicht zwingend der preisgünstigste Anbieter, sondern der wirtschaftlichste den Auftrag erhalte. Das Nachtragsmanagement sei in der Regel das Ergebnis unzureichender Leistungsverzeichnisse und entsprechender Angebote. Formuliert Qualitätsziele seien bei eingereichten Angeboten schwierig zu vergleichen, zu belegen und gerichtlich schwer überprüfbar.

Der Preis sei hingegen die einfachste mathematisch belegbare Größe bei Angebotsvergleichen gewesen und das Rechnungsprüfungsamt habe gefordert, dass sich die Preisbildung zu 51% bei der Vergabeentscheidung widerspiegele.

In der Schweiz seien früher zum Schutz vor Dumpingangeboten grundsätzlich der billigste und der teuerste Anbieter bereits bei der Vorauswahl gestrichen worden.

Die Formulierung der angestrebten Qualitätskriterien bedürften einer sehr guten Vorbereitung. Es gebe keinerlei Vergleichsmöglichkeiten, weil noch keine andere Stadt eine Auftragsvergabe auf Qualitätskriterien abstelle.

Atmosphärische Störungen zum Beschlusssentwurf seien ihm aus dem persönlichen, presseveröffentlichten Brief des Präsidenten der Handwerkskammer an den Herrn Oberbürgermeister bekannt. Die Stadt Köln sei ein bedeutender Auftraggeber für die Wirtschaft und er sehe sich organschaftlich in der Verpflichtung, zur Vorlage des Beschlusses auch die rechtlichen Risiken aufzuzeigen.

Die Zahlen seien durch Mitteilungen bekannt gegeben worden und es habe keinen Dissens bei der Beschlussfassung gegeben. Er habe auf die Warnung des Bundesrechnungshofes hingewiesen, der seinerseits auf mögliche Preissteigerungen und Teuerungen nach der Analyse des Konjunkturprogramms II hingewiesen habe.

Die Handwerkskammer hätte ihre Haltung oft mitgeteilt. Bisher sei das Vergabeverfahren überprüfbar und schnell durchführbar gewesen.

Die Umsetzung ab 01.10.2015 sei geordnet machbar. Die neuen Wertgrenzen seien noch nicht in dem Programm für das IT-gestützte Vergabeverfahren hinterlegt oder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingepflegt worden. Zur Vermeidung eines Fehlstarts sollte dieser Termin nicht vorgezogen werden.

Bezugnehmend auf den gewünschten Zwischenbericht nach einem Jahr schlägt er vor, dass unverzüglich ein Bericht erfolge, sobald es relevante Mitteilungen gebe. Mit der Handwerkskammer sei vereinbart worden, dass der Clearingstelle zur Entwicklung der beschränkten und öffentlichen Ausschreibungen berichtet werde und wenn sich hieraus etwas ergebe, was einen weiteren Diskussionsbedarf erfordere, könne der Ausschuss unverzüglich informiert werden.

Herr Petelkau dankt für die Ausführungen und bittet um Abstimmung zur Änderung des vorgeschlagenen Einführungstermins. 01.09.2015 statt 01.10.2015.

Das Gremium stimmig einstimmig für eine Änderung, bei Enthaltung der Fraktion die Linke.

Herr Petelkau ruft zur Abstimmung der geänderten Beschlussvorschläge auf.

### **Beschluss:**

1. Für Vergaben im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (**VOB**) gelten ab dem 01.09.2015 folgende Wertgrenzen und Vorgaben:
  - a) **Freihändige Vergabe** bis 100.000 € netto  
grundsätzlich durch Angebotsbeziehung
  - b) **Beschränkte Ausschreibung** bis 500.000 € netto
  - c) **Öffentliche Ausschreibung** bis zum aktuellen EU-Schwellenwert  
(zur Zeit 5 Mio. € netto)
  - d) Bei Fördermaßnahmen wird grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben
  - e) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der VOB
2. Für Vergaben im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (**VOL**) sowie Vergaben von **freiberuflichen Leistungen**, die nicht unter den Anwendungsbereich der VOL fallen, gelten die bisherigen Wertgrenzen gemäß AVR vom 09.12.2013 (siehe Anlage 1).
3. Grundlage für die Bestimmung der Vergabeart ist der Nettobetrag einer qualifizierten Kostenschätzung zuzüglich der geltenden Mehrwertsteuer (MwSt.).
4. Die Umsetzung der Ziffern 1 bis 2, einschließlich der Ausnahmeregelungen sowie der Beteiligung des Zentralen Vergabebeamten, erfolgen als Geschäft der laufenden Verwaltung und im Rahmen der Organisationsverantwortlichkeit des Oberbürgermeisters.
5. Die Auswirkungen der neuen Regelungen sind zwei Jahre nach in Kraft treten zu überprüfen. Den zuständigen Ausschüssen wird berichtet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **10.5 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Herstellung und Lieferung von Großplakaten für das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1483/2015**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Vergabeverfahren zum Abschluss der Rahmenvereinbarung über die Herstellung und Lieferung von Großplakaten nach den formstrengen Vorschriften der VOL/A durchzuführen.

Auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **10.6 Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten 1361/2015**

Herr Joisten fragt, warum diese Resolution dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vorgelegt worden sei und nicht direkt im Rat behandelt werde. Ansonsten begrüße er ausdrücklich die Inhalte dieser Resolution.

Herr Kahlen teilt mit, dass bei einer Initiative im Jahr 2007 der Integrationsrat ausdrücklich eine Beteiligung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gewünscht habe und deshalb auch jetzt dieses Gremium einbinde. Nach der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln sei dies jedoch nicht notwendig.

Herr Hopfauß verweist auf Artikel 28 des Grundgesetzes. Demnach seien Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, wahlberechtigt. Die Landesverfassung habe sich an den Rahmen des Grundgesetzes zu halten. Hier sei eine Änderung des Grundgesetzes und nicht der Landesverfassung erforderlich.

Frau Aymaz teilt mit, dass dieses Anliegen aus unterschiedlichen Ebenen angegangen werden müsse. Hier ginge es zunächst erstmal um eine politische Willensbekundung an die Landesregierung NRW. Diese Resolution des Integrationsrates sei keine politische Entscheidung, sondern vielmehr eine Willensbekundung, die an Landesebene weitergeleitet werden soll.

Frau Tokyürek schließt sich den Aussagen von Frau Aymaz an. Der Integrationsrat kämpfe seit langer Zeit für die Einrichtung des Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten. In der Stadt Köln leben viele Ausländer und so habe diese Forderung an die Verfassungskommission des Landtages NRW von der Stadt Köln ein besonderes Gewicht und sei geeignet, ein Signal zu setzen.

Herr Joisten dankt für die juristischen Ausführungen. Dieser Beschluss solle ein politisches Signal setzen und nicht zur juristischen Diskussion genutzt werden.

Herr Hopfauß ergänzt, dass es mehr als nur eine politische Resolution sei. Hier gehe es um eine Änderung der Landesverfassung und das sei ein Rechtsakt, der sich verfassungsrechtlichen Regeln stellen müsse. Demokratie sei eine Angelegenheit des Staatsvolkes, nicht der Bevölkerung.

Herr Houben unterstützt, dass hier ein politischer Wille zum Ausdruck gebracht werden soll.

**Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 27.4.2015 folgenden Beschluss gefasst:**

„Der Integrationsrat bittet den Rat, die Verfassungskommission des Landtags aufzufordern bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen.“

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat folgt der Bitte des Integrationsrates

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, gegen die CDU-Fraktion, zugestimmt.

**10.7 Neufassung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule zum 1. Semester 2016  
1593/2015**

Herr Adolf bittet um Mitteilung, warum die Entgeltbefreiung für behinderte Personen zurückgenommen wurde, wenn diese in einer Behindertenwerkstatt beschäftigt seien. Diese Personen stünden in der gesellschaftlichen Teilhabehierarchie auf der untersten Stufe. Auf der ersten stünden die, die am normalen ersten Arbeitsmarkt Teilhabe hätten. Gefolgt von den Verunfallten, die von der Berufsgenossenschaft Leistungen oder von anderen Kostenträgern Unterstützung erhalten. Am Ende stünden die Beschäftigten der Behindertenwerkstätten, die für ihre Leistungen lediglich ein Taschengeld und 1/3 Regelsatz erhielten.

Die Teilnahme an Kursen der Volkshochschule könne Möglichkeiten zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt bieten.

Er bittet außerdem um Mitteilung, wie viele Teilnehmer voraussichtlich von diesem Wegfall der Entgeltbefreiung betroffen sein könnten.

Herr Kahlen teilt mit, dass er diese Frage leider nicht beantworten könne. Er versuche jedoch, eine Antwort bis zur Ratssitzung zu erhalten.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 01. August 2015  
0032/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Ausschreibung eines Rahmenvertrages für Wach- und Schließdienstleistungen zur Betreuung von Großsporthallen  
1503/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stellt den Bedarf zur Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Inanspruchnahme von Wach- und Schließdienstleistungen im Rahmen der Betreuung von Großsporthallen fest.

Haushaltsmittel hierfür stehen bereit.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

Bernd Petelkau  
Vorsitzender

Heike Kröll  
Schriftführerin